

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: IWF - Protektionismus - Bundesrepublik - Schwarzafrika - IX. SED-Parteitag - Großbritannien

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1976) : Kurz kommentiert: IWF - Protektionismus - Bundesrepublik - Schwarzafrika - IX. SED-Parteitag - Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 6, pp. 275-276

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134956>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

IWF

## De- oder Re-Monetisierung des Goldes?

---

Die erste Goldauktion des Internationalen Währungsfonds war mit einer fast dreifachen Überzeichnung des Angebots ein voller Erfolg. Sie ist ein Teil der Maßnahmen, mit denen der IWF die Demonetisierung des Goldes durchzusetzen versucht. Sicher ist momentan jedoch nur, daß bei Transaktionen zwischen dem Fonds und seinen Mitgliedern in absehbarer Zeit kein Gold mehr verwendet werden wird. Demgegenüber wird man bei Währungsgeschäften zwischen den IWF-Mitgliedern wohl eher von einer Remonetisierung des Goldes sprechen müssen, denn nach den neuen IWF-Statuten werden Zentralbanken Gold wieder zum Marktpreis verkaufen und erwerben dürfen. Baisseperioden dürften daher von liquiden Zentralbanken für Goldkäufe genutzt werden. Ebenso werden Währungsbehörden mit akuten Zahlungsbilanzproblemen mit dem Einsatz ihres Währungsgoldes zumindest bei einer Hausse am Goldmarkt weit weniger zurückhaltend sein als zur Zeit des gespaltenen Goldmarktes.

Auch im IWF befürchtete man offenbar eine derartige Entwicklung. Denn die Länder der Zehnergruppe wurden vorsorglich auf ein Selbstbeschränkungsabkommen eingeschworen. Danach haben sie sich verpflichtet, ihren globalen Goldbestand in den nächsten zwei Jahren nicht zu erhöhen. Staatssekretär Pöhl vom Bundesfinanzministerium hält dieses Abkommen nun für überflüssig, weil Gold auch für Notenbanken zu einem zu risikoreichen Anlageobjekt geworden sei. Fraglich ist jedoch, ob alternative Anlageobjekte wie der Dollar oder das Pfund Sterling größere Sicherheiten bieten. Zumindest die französische und Schweizer Zentralbank scheinen hier anderer Ansicht zu sein, denn sie beteiligten sich über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich an der ersten Goldauktion. Die hohe Überzeichnung des IWF-Goldangebots läßt zudem darauf schließen, daß daneben auch noch andere Währungsbehörden zu den Käufern gehörten. Gold bleibt eben ein ganz besonderer Stoff. bk

Protektionismus

## Ende der Schonzeit?

---

In diesen Tagen jährt sich zum zweiten Male das handelspolitische Stillhalteabkommen, das 1974 im Rahmen der OECD geschlossen und ein Jahr später um zwölf Monate verlängert worden war. Zweck des Abkommens ist es vor allem, handels-

hemmende oder nicht-marktkonforme Maßnahmen bei der Ein- und Ausfuhr zu verhindern. Um den Gefahren des Protektionismus auch zukünftig entgegenzutreten, müßte die nächste OECD-Ministerkonferenz am 21./22. dieses Monats in Paris dafür Sorge tragen, daß eine weitere Verlängerung des Abkommens erreicht wird.

Obwohl die Ölkrise mit ihren erheblichen Zahlungsbilanzproblemen überwunden und die Rezession am auslaufen ist, besteht nach wie vor das Erfordernis einer Fortschreibung. Denn die konjunkturelle Erholung in den meisten OECD-Ländern ist keineswegs mit der Bannung protektionistischer Bedrohungen gleichzusetzen. Im Konjunkturaufschwung pflegen sich die Handelsbilanzen zahlreicher Industrienationen zu verschlechtern, da die Importe rascher als die Exporte wachsen. Außerdem lauern protektionistische Gefahren, weil die konjunkturelle Erholung vielerorts nicht zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung führen wird. Denn wo strukturelle Arbeitslosigkeit auftritt, ist die Versuchung groß, branchenbezogene Stützungsmaßnahmen zu ergreifen. Schließlich besteht noch ein weiterer Grund für die Verlängerung des Stillhalteabkommens darin, daß die gegenwärtig in Genf laufende GATT-Runde bisher wenig Fortschritte gezeigt hat. hh

---

## Bundesrepublik—Schwarzafrika Kritisierte Afrika-Politik

---

Während seines Staatsbesuches in Bonn im vergangenen Monat hat der tansanische Präsident Nyerere einmal mehr auf die Notwendigkeit einer Umorientierung der Politik westlicher Industrieländer gegenüber der Dritten Welt hingewiesen. Seine kritische Haltung gegenüber der Bundesrepublik äußerte sich allerdings nicht nur in den an alle Industrienationen gerichteten Forderungen nach verstärkter Entwicklungshilfe sowie einer weitgehenden Umverteilung des weltwirtschaftlichen Potentials zugunsten der Entwicklungsländer im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Die Bundesrepublik ist darüber hinaus wegen ihres wirtschaftlichen Engagements vor allem in Südafrika Hauptadressat der Kritik der Schwarzafrikaner, die darin eine indirekte Beteiligung der Bundesrepublik an der Apartheidspolitik sehen.

Wenn nun die Bonner Regierung gegenüber der tansanischen Delegation klarer als je zuvor für die Errichtung einer schwarzen Mehrheitsregierung in Rhodesien, für die Unabhängigkeit Namibias und für das Ende der Rassendiskriminierung in Südafrika eintrat, dürfte dies in erster Linie eine Reaktion auf die Ereignisse in Angola sein. Das

neu erwachte Engagement für das Selbstbestimmungsrecht der Afrikaner ist dabei nicht zuletzt in der Furcht begründet, die Sowjetunion könnte ein eventuell entstehendes Machtvakuum auch in diesen Ländern ausnutzen.

In einer Überbetonung des Ost-West-Konfliktes bei der Ausrichtung der zukünftigen Afrika-Politik könnte jedoch ein folgenschwerer Trugschluß liegen, da die Schwarzafrikaner in der Herrschaft der weißen Minderheiten ein weit größeres Problem als das Auftreten Moskaus in Afrika sehen. Entscheidender ist hier die Nord-Süd-Problematik, bei der die Bundesrepublik selbst zu den Betroffenen zählt. Um der drohenden Kriegsgefahr im südlichen Teil Afrikas entgegenzutreten, ist eine klare außenpolitische Haltung sicher ein wichtiger Schritt. Die außenpolitische Initiative seitens der Bundesrepublik wird letztlich aber nur dann eine konfliktreduzierende Wirkung haben, wenn die schwarzafrikanischen Staaten sehen, daß die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik damit in Einklang gebracht sind. gr

## IX. SED-Parteitag

### Neues Sozialprogramm mit Verspätung

Eine Woche nach Abschluß des IX. SED-Parteitages haben SED, FDGB und Ministerrat der DDR ein umfangreiches sozialpolitisches Programm beschlossen. Als herausragende Maßnahmen sind die Anhebung des Mindestbruttolohns von 350 auf 400 Mark zum 1. Oktober 1976, der Bezüge von 3,4 Mill. Rentenempfängern um 15 bis 25 % zum 1. Dezember 1976 – hierbei erhöhten sich die Mindestrenten von 200 auf 230 Mark – und die stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche zu nennen. Letztere wird ab 1. Mai 1977 zunächst für die rund 1,2 Mill. Schichtarbeiter eingeführt.

Die überraschende Verkündung des Sozialprogramms erst nach Abschluß des Parteitages deutet auf Auseinandersetzungen der politischen Führung über diesen Themenkomplex hin, die eine zeitige und somit propagandawirksamere Entscheidung verhinderten. Meinungsverschiedenheiten dürfte es insbesondere über die Finanzierbarkeit des Programms gegeben haben. Wahrscheinlich bewirkten sie, daß eine Reihe von Verbesserungen nicht sofort, sondern erst gegen Mitte bzw. Ende des Fünfjahrplanzeitraumes wirksam werden. Aber auch die bereits in diesem Jahr einsetzenden Maßnahmen wie Lohn- und Rentenanhebungen dürften nicht unerhebliche Belastungen für die ohnehin durch ein hohes Zahlungsbilanzdefizit beanspruchte DDR-Wirtschaft darstellen. Hinzu kommt, daß die chronisch angespannte Arbeitskräftesituation durch das Programm noch verschärft wird.

Wenn sich die Parteiführung angesichts dieser Situation dennoch zu sozialen Verbesserungen durchgerungen hat, sind dafür vermutlich zwei Gründe maßgebend gewesen. Einmal möchte die Führung damit der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung über die recht unverbindlichen sozialpolitischen Beschlüsse des Parteitages entgegenreten. Zum anderen – und das scheint noch wichtiger zu sein – sollen die sozialen Verbesserungen gezielt als Stimulierungsmittel für eine weitere Effizienzsteigerung und Ausweitung der Produktion im Fünfjahrplanzeitraum 1976–80 eingesetzt werden. ud

## Großbritannien

### Gefährdete Chancen

Volkswirtschaften mit einer überdurchschnittlich günstigen „performance“ wird häufig nachgesagt, sie hätten nicht zuletzt auch viel „Glück“ gehabt. Umgekehrt gilt für Länder mit ungünstigem Wirtschaftsverlauf, so für Großbritannien, daß auch viel „Malheur“ im Spiel war. Wenn nicht alles täuscht, wird der Unglückskette dieses Landes gegenwärtig ein neues Glied hinzugefügt.

Im Laufe des Winterhalbjahres waren nämlich in Großbritannien verheißungsvolle Ansätze einer wirtschaftlichen Gesundung zu erkennen. So eröffnete die Verringerung des Defizits im Außenhandel die Aussicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik in abnehmendem Maße durch außenwirtschaftliche Bedingungen „fremdbestimmt“ werden. Gleichzeitig flachte sich die laufende Teuerungsrate ab – ein Ergebnis, das in erster Linie der erfolgreichen Einkommenspolitik vom Sommer vergangenen Jahres zuzuschreiben ist. Zudem gab der Dachverband der Gewerkschaften einer Verlängerung der Einkommenspolitik mit Lohnsteigerungen von maximal 4,5 % sein Plazet.

Diese erfolgversprechende Entwicklung wird nun allerdings durch den raschen Verfall des Pfundkurses gefährdet. Dabei spielt offenbar ein nur teilweise durch wirtschaftliche Fakten motivierter Tausch von Sterling Guthaben in andere Währungen eine wesentliche Rolle. Die simultane Verteuerung der Importe aber verstärkt den inländischen Preisauftrieb wieder und droht damit lohnpolitische Reaktionen auszulösen. Aus der Sicht der Arbeitnehmer nur zu verständlich: Bei den Lohnsteigerungen am unteren und bei den Preissteigerungen am oberen Ende der Skala in Westeuropa zu sein, erscheint kaum akzeptabel. Volkswirtschaftlich aber würde eine weitere Chance vertan, binnen- und außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu realisieren. wt